

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481.
Tel. Nr.: Rotafahne Berlin / Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 976.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Infemat“, Allgemeine Infemat-
Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahl. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl.
Sonderlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezugs einschl. Berlin-
geb. 3,50 M.; Streifband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spalt. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3spalt. Zei-
millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgantl.- u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf.
Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

900-Millionen-Abbau bei den Erwerbslosen / Siehe im Blatt

Groener öffnet den Nazis die Reichswehr

Der Reichswehrminister der „Eisernen Front“ macht auch offiziell Bahn frei für die Hafent Kreuzler — Groener erklärt die Kommu-
nistische Partei als den einzigen Feind der kapitalistischen Diktatur — Inktritte für die SPD.-Lafaien

Weitern hat das Wolffsche Telegraphenbüro den Wortlaut des Befehls des Reichswehrministers Groener veröffentlicht, durch den die Tore der Reichswehr den Hafent Kreuzlern geöffnet werden. Ausdrücklich heißt es in dem Befehl:

„Nur solche Verbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen. . . . Ent-
scheidungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. . . .

Die Entscheidung, ob eine Partei als verfassungstreu im obigen Sinne anzusehen ist, ist aber durchaus nicht endgültig und schließlich. Denn auch Parteien ändern sich in ihren Auffassungen. Eine Ausnahme machen solche Parteien wie die kommunistische Partei, die in ihrem Programm die revolutionäre Gesinnung und Staatsfeindschaft zu dauernden Grundtugenden ihrer Partei gemacht haben.

Die Umwandlung polizeilicher Befugnisse durch die Verbände werde ich stets auf das schärfste bekämpfen. . . . Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie in den Köpfen gewisser Reichsbannerkreise spukte. . . . niemals dulden. Derartige Organisationen führen keinen Kampf zu Arbeiter und Soldatenräten oder ähnlichen Revolutionärgewerkschaften. . . . Ich möchte auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich die Nachmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und Rücksichtslos einzusetzen gewillt bin. . . .

Dieser Erlass spricht eine deutliche Sprache. Er macht jetzt auch formell die Bahn frei für die Nazis in der Reichswehr. Klipp und klar wird der Hitlerpartei zugesprochen, daß sie „sich in ihren Auffassungen geändert“ habe, daß sie ein wichtiger Bestandteil des kapitalistischen Systems geworden sei. Wir sind allerdings anderer Auffassung und glauben, daß die Nazis es immer gewesen sind, nur daß sie sich zum Zweck des Mitgliederzuzugs bisher revolutionär drapierten.

Jetzt erklärt der General der großbürgerlichen Republik offen, daß die Nazis die Freunde, Bundesgenossen und Stützen des kapitalistischen Systems seien. Merken die werktätigen Mitglieder der NSDAP, wie sie von Hitler mißbraucht werden?

Wie eine kalte Dusche werden die Reichsbannerarbeiter Groeners Erlass empfinden. Herr Groener ist der Reichswehrminister der „Eisernen Front“, er war der Verbündete Gerts und Koskes, mit denen zusammen er 1919 die revolutionäre Bewegung niederschlug. Herr Groener ist der vom „Vorwärts“ gelobte „linke Flügelmann“ der Brüning-Regierung.

Im vorigen Jahr erst haben die SPD.-Abgeordneten das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen Groener abgelehnt. Jetzt öffnet Herr Groener den Nazis die Tore, so daß der „Angriff“ hell aufjubeleht Groener helobigt. Die Reichsbannerarbeiter dachten an „Hilfspolizei“, „Ich werde es niemals dulden“ antwortete Groener. Der Herr über Deutschlands Reichswehr und Innenpolitik erweist der kommunistischen Partei eine hohe Ehre. Er qualifiziert sie als die einzige Partei der „revolutionären Gesinnung und Staatsfeindschaft“. Jawohl, das sind wir.

Wir sind die einzige Partei, die einen anderen Staat als den heutigen will.

Wir sind die einzige Partei, die gegen den Kapitalismus kämpft.

Wir sind die einzige Partei, die in Deutschland den Sozialismus will.

Darum werden wir ausgeschlossen aus der Reichswehr. Aber darum sind wir auch eingeschlossen in die Herzen aller Arbeiter, aller Werktätigen. Darum strömen zu uns die besten Proletariatskolonnen aus der Groener-Sozialdemokratie. Wir sind für Groener, wir sind für die Regierung der Notverordnungen der einzige Feind. Mögen es alle hören, die von den Notverordnungen getroffen werden. Die Partei der Feinde der Notverordnungen ruft Deutschlands arbeitende Massen auf durch die Wahl des roten Präsidentschaftskandidaten Thälmann ein millionenfaches Bekenntnis gegen das kapitalistische System des General der Nazis und der „Eisernen Front“, ein Bekenntnis für das freie sozialistische Vaterland abzugeben.

Aus dem Inhalt:

Nazi-Plan zur Erstürmung des Karl-Liebknecht-Hauses

Raub aller chinesischen Häfen

SPD. und Nazis für Inflation

Die Klassenfronten im Präsidentschaftswahlkampf

Die Haltung der SPD. zu den Präsidentschaftswahlen ist ein zwingender Beweis dafür, daß die Sozialdemokratische Partei und die ganze „Eiserne Front“ ein Teil der Klassenfront der Bourgeoisie ist. Die Sozialdemokratie hat zwar noch nicht offiziell zur Kandidaturfrage Stellung genommen, aber durch Koskes und Leiparts Unterdrückung durch Heilmanns und Sollmanns Artikel sich prinzipiell für Hindenburg erklärt. Offiziell wird die Sozialdemokratie erst ihre „Entscheidung“ fällen, wenn sich die maßgebenden Kreise der Bourgeoisie darüber verständigt haben, ob sie einen oder mehrere Kandidaten aufstellen lassen wollen. Dasselbe gilt von der Nationalsozialistischen Partei, die ebenfalls warten muß, bis sie vom Finanzkapital die entsprechenden Direktiven erhält.

Gegenwärtig herrscht im Lager der Bourgeoisie über die Frage, wer alles als Kandidat für den Präsidentschaftstuhl aufgestellt werden soll, das größte Durcheinander. Es ist vorerst noch nicht entschieden, ob das Finanzkapital den Nazis den Auftrag gibt, einen eigenen Kandidaten aufzustellen oder für Hindenburg einzutreten (wobei der SPD. gestattet wird, dann ihrerseits einen Kandidaten zu präsentieren) oder ob die SPD. und die „Eiserne Front“ den strikten Befehl erhält, die Hindenburgstellung zu halten und die Nazis einen „eigenen“ Kandidaten aufzustellen haben. Das sind faktische Fragen und Wanktümer der Bourgeoisie, deren Zweck es ist, die Klassenfronten zu vernebeln. Die Aufstellung eines Nazi-Kandidaten würden beispielsweise die sozialdemokratischen Führer zum Anlaß nehmen, um Agitation für Hindenburg zu machen mit der schon bekannten Melodie, daß Hindenburg gegenüber einem Nazi-Präsidenten das „kleinere Übel“ sei, und daß deshalb die sozialdemokratischen Wähler, die Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften, in den reformistischen Sportorganisationen usw. für die Wahl Hindenburgs antreten müßten, um zu verhindern, daß ein Nazi-General Reichspräsident wird.

Die gegenwärtige Unsicherheit im Lager der Bourgeoisie ist nur ein Ausdruck der verschärften Klassenfrontation. Der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, den Führer der Partei, den General Thälmann, als roten Arbeiterkandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen, hat die Schwierigkeiten im Lager der Bourgeoisie erhöht, die schädlichen Wanktümer der Sozialdemokratie und der Nazis von vornherein erschwert. Die kommunistische Partei hat durch ihren Beschluß den Beschluß den Klasseninhalt der Präsidentschaftswahlen aufgezeigt. Es geht bei diesen Wahlen deutlich als bei Parlamentswahlen um eine eindeutige Entscheidung Klasse gegen Klasse. Die Klasse der Kapitalisten mit der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten als Stütze auf der einen Seite; die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des arbeitenden Volkes, die unteren Angestellten und Beamten, die Kleinbauern und der städtische, werktätige Mittelstand, diese ganze Front des arbeitenden Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite. Es geht bei diesen Präsidentschaftswahlen um den Kampf gegen die Brüning-Groenerregierung, deren Aufgabe Klassenmäßig darin besteht, die faschistische Diktatur mit Hilfe der SPD., der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Nationalsozialisten durchzuführen. Es geht bei diesen Präsi-

Fiasco der „Eisernen Front“

Nur ein Siebentel der SPD.-Wähler zeichnet sich ein — „Eiserne Front“ für Hindenburg und Nazis

Die sogenannte „Rüstwoche der Eisernen Front“ enthielt sich als eine große Blamage. Nachdem der Vorstoß der sozialistischen Führer in die Betriebe sich unter den ungünstigsten Umständen vollzog — als eine Zusammenkunft von geliebten Zuhörern besonderer Ausweise, wobei auch hier in mehreren Fällen die revolutionäre Opposition die Oberhand erhielt — wird auch das völlige Fiasco der Einzeichnung in den „Eisernen Front“-Läden bekannt.

Die Pressestelle des Reichsbanners teilt mit, daß sich vom 11. Januar bis 8. Februar in den 165 Berliner Einzeichnungsstellen lediglich 111 888 Personen in das „Eiserne Buch“ eingetragen hätten. Selbst wenn diese Zahl richtig wäre (es fehlt aber jede öffentliche Kontrolle), ist das nur etwas mehr als der liebente Teil der Stimmen, die die Sozialdemokratie am 14. September 1930 erhielt. Damals wählten 737 000 Wähler die SPD. in Berlin. An der „Eisernen Front“ beteiligten sich aber noch die Staatspartei und auch ein Teil des Zentrums. Um so größer die Blamage, um derenwillen die Einzeichnungssfrist eine Woche verlängert werden mußte!

Es ist klar, daß die Arbeiterschaft den freien Wahl-schwindel der „Eisernen Front“ ihrer Klasse nicht mitmacht. Es ist klar, daß kein klassenbewußter Arbeiter dulden wird, daß die Politik der Preußenregierung gegen die arbeitenden Massen, daß die sozialdemokratische Notverordnungs politik ein paar Monate vor der Preußenwahl durch das Mandat der „Eisernen Front“ verzuscht wird. Die Arbeiter sind gegen die „Eiserne Front“ der Brüning-Politiker.

Während Koske und Leipart den Aufruf für Hindenburg unterschreiben, während Sollmann in der „Rheinischen Zeitung“ zur Einzeichnung für Hindenburg ruft, während die ganze Sozialdemokratie stillschweigend die Hindenburg-Linie bezogen hat, — zeigt sich die sogenannte „Eiserne Front“ als die Notverordnungsfront der Brüning-Hindenburg.

Während die Arbeiter zum Einzeichnen für die „Eiserne Front“ gerufen werden — erfreulicherweise blieben ihre Lokale leer —, verhindert diese selbe „Eiserne Front“ eine Mobilisierung der Reichsbannerarbeiter im Berliner Osten beim Ueberfall der Nazistürme und entfendet sie die sozialdemokratische kommandierte Berliner Polizei zum Schutz der Nazi-Aktion. Die Reichsbannerarbeiter, die am Sonntag vormittag im Berliner Osten auf eigene Faust sich in die rote Einheitsfront einreichten, haben in der Tat die beste Antwort auf die Schrittmacher des Hitler-Faschismus in der „Eisernen Front“ erteilt.

Wer gegen Hindenburg und Hitler, Brüning und Grzesinski ist, der zeichnet sich nicht in die Listen der „Eisernen Front“ ein. Wer gegen die Streikbruchpolitik der Leipart und Grafmann ist, sagt der „Eisernen Front“ den schärfsten Kampf an. Die „Eiserne Front“ ist ein Teil der kapitalistischen Klassenfront mit der Aufgabe, die Arbeiter zu betrügen.

Antwortet ihr mit der härtesten Mobilisierung in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten für die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, der der einzige Kampfkandidat der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die kapitalistische Diktatur ist.